Sozialdemokratische Partei
Adliswil

Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat
Sitzung vom Mittwoch, 7. Juni 2023

Von Wolfgang Liedtke

In der Juni-Sitzung wurde wie jedes Jahr die Jahresrechnung behandelt. Ausserdem wurden über 15 Einbürgerungsanträge abgestimmt und vier weitere Geschäfte behandelt.

Fragestunde

Abfälle im öffentlichen Raum – Parkplätze in der Tiefgarage Bushof – Totalrevision der BZO – Nächtliche Beleuchtung im Stadthaus – Stände auf dem Wochenmarkt

Bernie Corrodi (FW) erkundigte sich nach Möglichkeiten für die Abfallvermeidung, Verwendung wiederverwertbarer Rohstoffe und Mülltrennung bei öffentlichen Anlässen wie dem Fest der Kulturen. Stadtrat Mario Senn (FDP) informierte darüber, dass sich Müllvermeidung nicht immer realisieren liesse und die Organisation von Festen erschweren würde. Man prüfe jeweils die Verwendung von Mehrwertgeschirr oder Pfandverfahren. Pfandausgabe sei aber nur bei einem einzigen Bewirtungsanbieter möglich, beim Fest der Kulturen mit vielen Ständen würde dies nicht gehen. Auch wies er darauf hin, dass nicht immer die Stadt der Veranstalter sei.

Gabriel Mäder (GLP) fragte nach der durchschnittlichen Belegung der öffentlichen Parkplätze in der Tiefgarage des Bushofes sowie nach den Betriebskosten. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) gab die Belegung 2022 mit durchschnittlich 16 % an. Die Einnahmen beliefen sich im selben Jahr auf CHF 59‘000, die Betriebskosten auf ca. CHF 72‘000. Sie ergänzte, dass die Parkplätze der Migros stärker belegt seien, die Betriebskosten jedoch nach Anzahl Parkplätzen aufgeteilt würden.

Heinz Melliger (FW) wollte wissen, wie der zeitliche Ablauf der Totalrevision der Bauzonenordnung (BZO) geplant und welche Art der Partizipation vorgesehen sei. Stadtrat Felix Keller (parteilos) beantwortete die Frage. Die neue BZO soll im November 2025 vor den Grossen Gemeinderat kommen, im März 2026 vom Regierungsrat genehmigt werden und dann an die Urne kommen. Er wies auf die gesetzlich vorgesehenen Beteiligungen hin.

In einer mündlichen Frage berichtete Daniel Frei (FW) über nächtliche Beleuchtung im Stadthaus und wollte wissen, was gegen diese Stromverschwendung unternommen werde. Die Beantwortung wurde für die kommende Sitzung zugesagt. Ebenfalls soll dann die Frage von Renata Vasella Billeter (SP) nach dem Grund für das neuerliche Fehlen des Marktstandes eines Bio-Landwirts beantwortet werden.

Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2022

Nach Annahme der 15 Einbürgerungsanträge und einer Pause stand die Jahresrechnung 2022 auf der Traktandenliste. Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), Walter Übersax (Mitte), fasste die wichtigsten Punkte aus Sicht der RPK zusammen. Unerwartet hohe Einnahmen durch ausserordentliche Grundstücksgewinnsteuern haben der Stadt einen satten Gewinn von ca. 13,6 Mio. Franken beschert, die zur Schuldentilgung eingesetzt wurden. Dennoch steigt die Pro-Kopf-Verschuldung der Einwohner weiter, obwohl die Stadt einen Anstieg der Steuereinnahmen prognostiziert. Bei der Budgetierung konstatierte Übersax durchaus noch Sparpotenzial, da alle Vorveranlagungen unterschritten wurden.

Laut Urs Künzler (SVP) nahm die Fraktion der SVP den Ertragsüberschuss erfreut zur Kenntnis, gab sich aber trotzdem überrascht über die eklatante Abweichung zum Budget. Er kritisierte die Tendenz, pessimistisch zu budgetieren, um dann positiv abzuschliessen. Christoph Sütterlin (GLP) hingegen unterstützte die vorsichtige Budgetierung. Er wies darauf

hin, dass Grundstücksgewinnsteuern in dieser Höhe nicht immer anfallen und die Verschuldung hoch sei. Seiner Ansicht nach ist die Haushaltsführung nicht wirklich nachhaltig. Esen Yilmaz (SP) argumentierte wie folgt:
Wahrscheinlich verkündete der Stadtrat die Jahresrechnung 2022 mit viel Freude, dessen Zahlen auch in den Medien Platz fanden. Beim Erfolg sehen die Zahlen wie folgt aus: ein Ertragsüberschuss von Fr. 13,6 Mio, notabene im Vorjahr waren es Fr. 3,9 Mio, budgetiert war ein Minus von Fr. 0,7 Mio, im Vorjahr waren es Plus Fr. 1,5 Mio. Nun zum Aufwand und Ertrag für eine bessere Optik: der Aufwand war Fr. 143,1 Mio, im Vorjahr waren es Fr. 133,5 Mio. Der Ertrag war Fr. 156,7 Mio, wieder notabene im Vorjahr waren es Fr. 137,4 Mio.
Zu diesem positiven Ergebnis haben hauptsächlich ausserordentlich hohe Grundstück-gewinnsteuern geführt, insgesamt waren das bei den Fiskaleinnahmen ein Plus von knapp Fr. 14.8 Mio.
Wenn wir aber genau in die Jahresrechnung hinschauen und die Zahlen mit den geplanten Investitionen und dem Budget gegenüberstellen, fällt auf, dass der ausserordentliche Ertrag ein Segen für den Finanzhaushalt war. Denn der budgetierte Verlust wäre effektiv höher ausgefallen, auch wenn die Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve erfolgt wäre. Somit fiel der Ertrag wieder viel höher als kalkuliert und veranschlagt aus! Vom Stadtrat wird erklärt; dass eine vergleichbare negative Entwicklung des Fiskalertrages keine Zahlung an den kantonalen Finanzausgleich mit sich bringt und eine Finanzverschiebung zusätzliche Fr. 2 Mio durch den Landtausch mit der Sihlsana AG einbringe!
Der diesjährige Überreisser war die Produktgruppe Soziale Sicherung mit einem Minus von Fr. 1,28 Mio., welches die Auswirkung der Pandemie ist! Oder das erwähnte Plus der Produktegruppe Steuern. Wir hoffen, dass wegen dieses Ausreissers bei Soziale Sicherung die Leistungen bei den Schwächsten nicht gekürzt werden.
Eine Prognose zu erstellen ist nicht einfach, jedoch sind gewisse Vergleichs- und Erfahrungs-werte wie langjährige Vorjahreszahlen, den geplanten Investitionen und einem Risikozuschlag doch eine gute Basis für ein Budget. Trotzdem stellen wir fest, dass bei diesem Mittel die Veranschlagung eher grosszügig angewandt wird. Die grössten Herausforderungen im Finanzhaushalt werden die wiederkehrenden Ausgaben über alle Ressorts sein, welche durch die Bevölkerungszunahme in Adliswil verursacht werden. Das sind nicht nur Schulraumkosten, sondern generelle Infrastrukturkosten werden uns in den nächsten Jahren plagen – wohlverstanden, ich spreche von wiederkehrenden Kosten.
Genau jetzt sollten wir auf neue private Grossprojekte und deren Auswirkungen achten, diese mehrmals auf verschiedenen Blickwinkeln betrachten und hinterfragen. Denn für die Eigentümer sind es einmalige Investitionen, für uns sind es langfriste und bleibende Kosten.
Wir danken der gesamten Verwaltung für ihren umsichtigen Umgang mit den Stadtfinanzen und hoffen, dass sie auch im laufenden Jahr diszipliniert mit den Steuergeldern umgehen.
Die SP-Faktion folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrates und empfiehlt die Annahme.

Silvia Helbling (FDP) vertrat trotz der hohen Verschuldung die Ansicht, dass die letzte Erhöhung des Steuerfusses nicht gerechtfertigt gewesen sei. Entwickle sich die Ertragslage weiterhin so positiv, müsse der Steuerfuss wieder gesenkt werden. Angela Broggini (Grüne) wies auf die weiterhin hohen Investitionskosten in Infrastruktur und auf die relativ hohe Verschuldung bei tiefer Selbstfinanzierung hin. Daniel Frei (FW) bezeichnete den Abbau der Schulden als richtig, da die Schuldenkosten in absehbarer Zeit deutlich steigen würden. Stadträtin Karin Fein (FW) bezeichnete es in ihrem Schlussvotum als glückliche Fügung, dass die grössten Investitionen dann getätigt werden konnten, als eine günstige Verschuldung möglich war. Die Reduktion der Verschuldung sei die grösste Herausforderung der nächsten Jahre. Mit 33 Ja-Stimmen wurde die Jahresrechnung einstimmig angenommen.

Pensen der Schulsozialarbeit; Kreditbewilligung
Als Berichterstatter der RPK erläuterte Pascal Welti (Grüne), dass das Pensum der Schulsozialarbeit zuletzt vor über 10 Jahren auf 250 % angehoben worden war. Damals

kamen rechnerisch auf einen Sozialarbeiter 660 Schüler, heute seien es wegen der gestiegenen Schülerzahlen 770 pro Sozialarbeiter und liege damit wesentlich tiefer als im Durchschnitt des Kantons und des Bezirks. Als Konsequenz daraus müssten sich die Sozialarbeiter auf die akuten Fälle konzentrieren. Die RPK unterstütze den Antrag der Schulpflege auf Erhöhung der Pensen um 45 %.
Renata Vasella Billeter (SP) meinte dazu:
Die Erhöhung der Schulsozialarbeit ist ein Geschäft, das schon lange auf den Tisch hätte kommen sollen. Seit 11 Jahren ist das Pensum der Schulsozialarbeiter in Adliswil gleichgeblieben. In dieser Zeit ist die Schülerschaft um rund 400 Schüler gewachsen. So ist die Schulsozialarbeit von einer einst guten Abdeckung zu einer Abdeckung im unteren Bereich des Kantons Zürich gesunken. Und das in der heutigen Zeit des Lehrermangels, wo sich die Lehrer die Stelle aussuchen können. Mit einer guten Abdeckung der Schulsozialarbeit können die Schulleiter an den Bewerbungsgesprächen wichtige Pluspunkte erzielen. Es ist heute leider so, dass die Schule in Sachen Erziehung immer mehr leisten muss und es ist für die Lehrpersonen enorm entlastend, wenn die Schulsozialarbeiter nach einem Streit in der Pause die Situation mit den betroffenen Kindern klären kann. Muss das die Lehrperson machen, geht wertvolle Unterrichtszeit verloren und das betrifft auch die Kinder, die nicht betroffenen sind. Wichtig für eine erfolgreiche Arbeit der Schulsozialarbeiter ist, dass diese niederschwellig erreicht werden können. Das setzt aber eine genug hohe Präsenz und somit ausreichend Ressourcen voraus.
Mit einer Erhöhung um 45% Stellenprozent sind wir noch nicht auf Abdeckung, die wir vor 11 Jahren hatten und immer noch über dem Schnitt im Kanton. Es führt aber dazu, dass die Schulsozialarbeiter ihre Präsenzzeit an den einzelnen Schulen erhöhen können und die Abdeckung in Zukunft auf die Schülerzahlen Rücksicht nimmt. Die SP unterstützt den Antrag der Schulpflege.
Ähnlich argumentierte Gabriel Mäder (GLP). Er plädierte zudem dafür, sich nicht auf die Zahlen zu fixieren, sondern bei der Festsetzung der Pensen den gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Auch Jacqueline Schoch (Grüne) signalisierte die Zustimmung der Grünen. Auch dieser Antrag der Schulpflege wurde mit 33 Stimmen einstimmig angenommen.

Attraktiverer öffentlicher Verkehr statt Staus und Mehrkosten
Den Postulanten ging es darum, dass der Busverkehr in Adliswil durch die bestehenden 30er-Zonen behindert werde und die Steuerzahler für die dadurch entstehenden Mehrkosten aufkommen müssten. Sie forderten deshalb den Stadtrat auf zu prüfen, ob die 30er-Zonen entlang der Buslinien aufgehoben werden könnten. Als Präsidentin der Sachkommission erläuterte Renata Vasella Billeter (SP), dass laut Tests der Stadt die Busse ohne Begrenzung auf 30 km/h eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 24 km/h erreichen können. Die Zeitersparnis würde lediglich maximal 12 Sekunden betragen und zu keiner Verbesserung des Angebotes oder Einsparungen führen.
Vera Buchmann-Bach (FDP) erläuterte als Erstunterzeichnende das Postulat. Dabei vertrat sie die Ansicht, dass Tempo 30 nicht mehr Sicherheit, sondern Unsicherheit wegen des Vortritts der Fussgänger mit sich bringe. Ausserdem würden das häufige Stoppen und wieder Anfahren wegen der baulichen Hindernisse zu einer höheren Belastung mit Feinstaub und Abgasen führen. Xehli Etemi (SP) meinte:
Die Tempo-30-Zonen wurden in Adliswil eingeführt, um die Verkehrssicherheit in Wohngebieten zu erhöhen und den Lärmpegel zu reduzieren. Diese Massnahmen haben sich bewährt und tragen zum Wohlbefinden der Anwohnerinnen und Anwohner bei. Es ist wichtig anzuerkennen, dass die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs nicht ausschliesslich von der Fahrgeschwindigkeit abhängt. Vielmehr spielen Faktoren wie ein zuverlässiger Fahrplan, gute Anschlüsse und ein dichtes Streckennetz eine entscheidende Rolle. Die Tempo-30-Zonen beeinträchtigen den öffentlichen Verkehr in Adliswil nicht signifikant, da die Busse ohnehin selten Geschwindigkeiten über 30 km/h erreichen können, insbesondere in Wohnquartieren mit kurzen Haltestellenabständen. Wir unterstützen die Entscheidung des Stadtrats, das

Postulat abzuschreiben, da die Tempo-30-Zonen in Adliswil sowohl der Verkehrssicherheit als auch dem Umweltschutz dienen. Wir sollten uns darauf konzentrieren, den öffentlichen Verkehr auf andere Weise zu verbessern und attraktiver zu gestalten, um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu erfüllen.
Sebastian Huber (SVP) kritisierte, dass die Stadt die Testfahrten auf den Strecken der Buslinien durchgeführt habe, weil es dort doch die baulichen Hindernisse gebe. Er bemängelte zudem allgemein die hohen Kosten bei der Einrichtung von Temporeduktionen. Pascal Engel (EVP), einer der Postulanten, anerkannte das vorgelegt Ergebnis des Stadtrats. Jacqueline Schoch (Grüne) und Hanspeter Clesle (EVP) unterstützen die Abschreibung, welche dann mangels eines Gegenantrages angenommen wurde.

Energie aus Fluss- und Trinkwasser
Als Erstunterzeichnender erläuterte Harry Baldegger (FW) das Anliegen der Motion. Während in der Vergangenheit die Energie der Sihl in Adliswil von drei Textilfabriken genutzt wurde, liege diese Energiequelle heute brach. Im Gegensatz dazu nutze Langnau einen alten Seitenkanal der Sihl dazu, wieder Strom zu erzeugen. Zwar habe der Stadtrat in der Vergangenheit das Potenzial der Wasserläufe in Adliswil überprüfen lassen und sehe eine Turbinierung beim Reservoir Hermen und beim Zopfbach vor. Eine Nutzung der Wasserkraft der Sihl aber beurteile er als nicht realistisch und empfehle deshalb die Ablehnung der Motion.
Wolfgang Liedtke (SP) unterstützte das Anliegen der Motionäre:
Ich bedanke mich bei Motionären von den Freien Wählern für diesen Vorstoss. Es ist positiv, dass die Stadt eine Turbinierung von Bachläufen überprüfen lässt. Ich finde es hingegen bedauerlich, dass die Wasserkraft der Sihl ungenutzt bleiben soll. Aus der Antwort des Stadtrates geht hervor, dass der Sihllauf in Adliswil als potenzielle Quelle für Wasserkraft aus Gründen des Denkmalschutzes (dies auf der Höhe der MSA) und wegen einer Einstufung im kantonalen Richtplan als Erholungs-, Natur- und Landschaftsraum ausgeschlossen wurde. Hier haben wir es mit einem mittlerweile klassischen Zielkonflikt - nämlich Gewinnung alternativer Energie versus Schutz von Erholungs- und Naturräumen – zu tun.
Meiner Ansicht nach sollten angesichts der Dringlichkeit, mit der der Klimawandel bekämpft werden muss, die Klassifizierungen im kantonalen Richtplan nochmals überprüft werden. Ich meine damit keineswegs, dass Natur- oder Denkmalschutz ausser Kraft gesetzt werden sollen. Aber es ist notwendig zu überprüfen, inwieweit sich die beiden Ziele – Klimaschutz und Schutz von Erholungsraum bzw. Denkmalschutz – nicht miteinander vereinbaren lassen. Der Klimawandel erfordert eine Überprüfung unserer Priorisierungen. Nachdem nun Windräder in die Naturräume der Alpen gestellt und Staumauern erhöht werden sollen, kann ich mir nicht vorstellen, dass ausgerechnet die Sihl innerhalb des Siedlungsgebietes auf so absolute Weise geschützt werden soll.
Aus diesem Grunde unterstützt die sozialdemokratische Fraktion diese Motion und befürwortet, dass ein neues Gutachten zur Nutzung der Wasserkraft der Sihl erstellt wird.
Das letzte Gutachten ist 10 Jahre alt, die Rahmenbedingungen haben sich seitdem stark verändert. Sicher, solche Gutachten sind teuer, aber sie sind wichtig. Auch hier gilt, dass es Zeit wird, die Prioritäten neu zu setzen.
Simon Schanz (Mitte) kritisierte, dass der Stadtrat eine rein marktwirtschaftliche Sichtweise an den Tag gelegt habe, und wies auf das Label der Energiestadt Gold hin. Man solle jetzt Nägel mit Köpfen machen. Rolf Schweizer (FDP) sprach sich gegen den Bau eines Kraftwerks durch die Stadt aus. Das Ziel sei richtig, der Weg aber falsch. Pascal Welti (Grüne) zeigte sich überrascht angesichts der überwiegenden Unterstützung der Motion und meinte, die Grünen brauche es wohl bald nicht mehr (vereinzelter Beifall in der Fraktion der SVP). Er fügte hinzu, dass es bereits 1879 das erste Wasserkraftwerk in der Schweiz gegeben habe und das heute 650 Wasserkraftwerke in unserem Land in Betrieb seien. Thomas Iseli (FDP) entgegnete, dass die Energieerzeugung kein Kerngeschäft einer Gemeinde sei. Man solle sich auf die Grundbedürfnisse (zu denen Energie seiner Ansicht nach wohl nicht gehört) konzentrieren. Sebastian Huber (SVP) berichtete, dass es in seiner Fraktion eine kontroverse Diskussion

gegeben habe. Man sei zu der Ansicht gelangt, dass Massnahmen zur sauberen Energieerzeugung zu prüfen seien. Im Gegensatz zu Thomas Iseli war er der Meinung, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Er ermunterte zu einem Zusammenschluss aller Parteien in ökologischen Fragen, damit die Grünen tatsächlich überflüssig würden.
Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) wies auf die Kostenfolgen bei Überweisung der Motion hin. Die Terminierung der Bachläufe sei eine Priorisierung, man werde das Thema der Wasserkraft auch ohne Überweisung weiterhin im Auge behalten. Die Motion wurde mit 25 Ja-Stimmen bei sieben Nein-Stimmen aus der FDP und EVP überwiesen.

Legislaturziele 2022 - 2026
Die Festsetzung seiner Legislaturziele ist alleinige Aufgabe des Stadtrates, der Grosse Gemeinderat nimmt sie nur zur Kenntnis und kann dabei seine Meinung äussern. Für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) stellte Pascal Engel (EVP) nur kurz fest, dass bei der Formulierung der Leitsätze die zeitliche und finanzielle Zielerreichung sowie die Risikoeinschätzung greifbar formuliert sein sollten.
Wolfgang Liedtke (SP) kommentierte die Legislaturziele wie folgt:
Ich möchte der GPK darin zustimmen, dass die Formulierungen der Leitsätze der Legislaturziele dazu geeignet sein sollten, eine zeitliche Vorstellung von ihrer Umsetzung zu haben sowie ihre Zielerreichung in zeitlicher und finanzieller Dimension beurteilen zu können. Andernfalls verkommt die Kenntnisnahme der Legislaturziele durch das Parlament zur Farce.
Darüber hinaus werden einige wichtige Themen nicht erwähnt:
Unter der Überschrift «Stadtentwicklung» lesen wir den Leitsatz «Zentrumsattraktivität erhöhen». Vor vier Jahren wurde darunter noch die attraktive Gestaltung des Sihlraums aufgeführt. Dieser Punkt fehlt nun ganz. Ist er aufgegeben worden? Falls ja, wäre es interessant zu wissen, warum. Weiterhin fehlt in diesem Kapitel die Erwähnung von sozialgerechtem Wohnungsbau oder der Förderung preisgünstigen Wohnens. Nach Meinung der Sozialdemokraten gehört ein entsprechender Leitsatz in das Zielbild für Adliswil 2050.
Im Kapitel «Infrastruktur und Klimaschutz» vermissen wir die Erwähnung eines Fernwärmenetzes. In einigen Bereichen des Adliswiler Gemeindegebietes könnte eine Erschliessung durch ein Fernwärmenetz möglich sein. Überraschenderweise wird unter der Überschrift «Verkehrsflüsse aufeinander abstimmen» als Leitsatz «Analyse und Konzeption Parkraum» aufgeführt. Parkplätze sind notwendig, das will ich gar nicht in Abrede stellen. Wo aber bleiben Leitsätze wie «Förderung der e-Mobilität durch öffentliche Ladestationen» oder «Schaffung von Veloparkplätzen»?
Im Kapitel «Städtische Dienstleistungen» finden wir Aussagen zum Ausbau der persönlichen und elektronischen Kommunikation. Ohne Frage ein wichtiges Thema, bei dem die Stadt in den letzten Jahren auch vorwärtsgekommen ist. Aber wo bleiben die digitalen Werkzeuge für die Arbeit des Grossen Gemeinderates und seiner Kommissionen? Seit der vorletzten Legislaturperiode warten wir auf den Anschluss an CMI für die Kommissionsarbeit. Die Umsetzung wird immer wieder nach hinten geschoben, weil es auf Seiten der städtischen Verwaltung an Ressourcen mangelt. Für das Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive ist es wichtig, dass nicht nur die eine Seite von fortschrittlichen Arbeitswerkzeugen profitiert. Ich mahne deshalb dringend grössere Anstrengungen bei der Realisierung der Arbeitsumgebungen für die Kommissionen im CMI an. In demselben Kapitel bekennt sich Adliswil dazu, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein. Diese Zielsetzung ist dringend notwendig, denn Stellenbesetzungen werden immer schwieriger und Adliswil konkurriert hier mit attraktiven und finanzstarken Gemeinden in der Region. Die Anhebung der Bezüge Ende letzten Jahres war sicherlich ein positiver Schritt, er allein reicht aber nicht zur Verbesserung der Attraktivität. Hier sind Kreativität und eine enge Zusammenarbeit mit dem Personalverein gefragt.
Ich will aber nicht unerwähnt lassen, dass es auch viele positive und unterstützenswerte Zielen im Legislaturplan gibt, als da beispielsweise wären:

- *Partizipation der Bevölkerung in Raum- und Stadtplanungsverfahren, was schon seit einiger Zeit gelebt wird*
- *Stärkung der Siedlungsökologie (Stichworte Schwammstadt, Biodiversität, Grünflächen im Strassenraum)*
- *Umsetzung von Massnahmen der Strategie Wirtschaftsförderung wie beispielsweise die Unterstützung für Unternehmen bei der Arealplanung*
- *Energetische Sanierung städtischer Immobilien*
- *Kommunale Verkehrsrichtplanung*
- *Weiterentwicklung von Massnahmen zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Entwicklung*
- *Partizipation von Kindern und Jugendlichen*
- *Förderung Inklusion und Integration*
- *Entwicklung eines Kulturleitbildes.*

Kolleginnen und Kollegen, hier und heute können wir die Legislaturziele nur zur Kenntnis nehmen. Die Kenntnisnahme ermöglicht uns aber auch, mit unseren Mitteln, das heisst über Vorstösse und mit kritischen Fragen, die im Legislaturplan formulierten Ziele zu beeinflussen. Ich empfehle deshalb, die Legislaturziele regelmässig zur Hand zu nehmen und kritisch zu hinterfragen.

Rolf Schweizer (FDP) monierte, dass die Stabilität der städtischen Finanzen nicht als Ziel formuliert wurde.

Damit endete die Gemeinderatssitzung um 22 Uhr.